Rhe der Volkszeitung

# Bocholter-Borkener Volksblatt

Anho...sselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-Ämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 14 | Montag, den 14. Januar 1929 | Jahrgang 1929

## Die Reparationskonferenz.

Bis auf die in dieser Woche zu erwartende Ernennung der amerikanischen Sachverständigen sind alle Vorarbeiten für den Zusammentritt der Reparationskonferenz nunmehr abgeschlossen. Es lohnt sich vielleicht, die Entwicklung seit dem 16. September, wo diese Konferenz durch die beteiligten Genfer Ratsmächte beschlossen worden ist, noch einmal kurz zu rekapitulieren.

Die Initiative nach jenem Beschluß ist formell von Deutschland ausgegangen. Die Reichsregierung schickte am 30. Oktober an die Kabinette in London, Paris, Brüssel, Rom und Tokio ein Memorandum, in dem sie im einzelnen ausführte, wie sie sich die Beschaffenheit des neuen Reparationsausschusses vorstelle. Sie wünschte dabei, daß die Sachverständigen völlig unabhängig von ihren Regierungen sein sollten. Die erste Wirkung dieses deutschen Schrittes war ein lebhafter Meinungsaustausch zwischen den Kabinetten in London und Brüssel, von dem dann der deutschen Regierung Mitteilung gemacht wurde. Diese Memoranden sind bisher der Oeffentlichkeit noch nicht bekannt gegeben worden, doch darf man annehmen, daß sie ungefähr die Forderungen abgrenzen, die die daran beteiligten Staaten für sich glauben stellen zu müssen. Daraufhin hat die Reichsregierung ihrerseits in einer Antwort ihren Standpunkt näher präzisiert. Er wird mit dem übereinstimmen, was der Reichsaußenminister Dr. Stresemann am 13 November im Reichstage ausgeführt hat. Dort hob er hervor, daß für Deutschland nur ein solcher Lösungsversuch der Reparationsfragen von Wert sein könne, der die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands als Ausgangsbasis annehme. Außerdem behielt sich Stresemann die Entschließungsfreiheit seines Kabinetts gegenüber den Ergebnissen der Sachverständigenkonferenz vor. Zwischen Berlin und Paris sind dann die Besprechungen in einem engeren diplomatischen Rahmen weiter geführt worden, bis am 22 Dezember eine offizielle Mitteilung über die endgültige Einigung aller Reparationsmächte veröffentlicht worden ist, die die Einberufung des Sachverständigenausschusses betraf. In dieser Einigungsformel wird gesagt, daß das Urteil der Sachverständigen für ihre Regierungen unverbindlich bleiben solle, daß der Sachverständigenausschuß den Auftrag bekomme, eine vollständige und endgültige Regelung des Reparationsproblems ausfindig zu machen, und daß die Endregelung alle überhaupt für Deutschland bestehender Zahlungsverpflichtungen umfassen solle. Der weitere Teil des Einigungskommuniqués betraf die Rolle der Reparationskommission, die selber an der Ausarbeitung des Reparationsgutachtens nicht beteiligt werden soll. Die Ernennung der amerikanischen Mitglieder erfolgt auf Grund einer Zustimmung der Washingtoner Regierung gemeinsam durch die Reparationskommission und das Reichskabinett. Jedes Land wird durch zwei Vertreter an den Reparationsarbeiten beteiligt sein, die demnächst in Paris beginnen werden

Wir Deutsche werden gut daran tun, wenn wir von den Arbeiten des Sachverständigenausschusses keine Wunderdinge erwarten. Was von Seiten unserer Reparationsgläubiger nach wie vor an Forderungen öffentlich aufgestellt wird, wie auch die Meinungsäußerungen der wirtschaftlichen Sachverständigen auf der Ententeseite und der Neujahrsbericht des Reparationsagenten Parker Gilbert, alles das gewährt wenig Hoffnung auf eine Erleichterung der bestehenden deutschen Zahlungsverpflichtungen. Die Frist für die deutschen Reparationsleistungen ist durch eine Bestimmung des Versailler Vertrages begrenzt, aber der Termin, der dort für die deutsche Schlußleistung angegeben ist, ist in gewisser Hinsicht durch das Dawesabkommen durchbrochen worden. Immerhin wird jene Terminbestimmung für die deutsche Reparationspolitik ein Anhaltspunkt sein, der das Maximum der deutschen Leistungen begrenzt. Man nimmt an, daß vielleicht erreicht werden kann, daß die deutschen Jahresleistungen herabgesetzt, dafür aber die Annuitäten der Zahl nach entsprechend vermehrt werden. Man geht dabei von der Voraussetzung aus, für die jene Bestimmung des Versailler Vertrages die Handhabe bietet, daß die jetzigen Jahreszahlungen von 2½ Milliarden Mark auf eine Leistungsverpflichtung von 30 Jahren berechnet sind. Bekanntlich sind die Zahlungsverpflichtungen Frankreichs an England und Amerika wie auch Italiens und Englands an Amerika auf eine Frist von 62 Jahren verteilt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Deutschland eine solche Streckung seiner Verpflichtung erreichen kann. Das wäre schon viel. Aber wie gesagt; es handelt sich hier lediglich um Vermutungen, für die bestimmte Anhaltspunkte noch fehlen.

Eine weitere Frage dürfte dann die der Kommerzialisierung der deutschen Reparationsschuld darstellen, das ist die Frage, an der im eigentlichen Sinne die amerikanische Bankwelt interessiert ist, für die eine solche Kommerzialisierung natürlich der Beginn eines Großgeschäftes bedeuten würde. Die öffentliche deutsche Schuld würde damit mehr privaten Charakter bekommen, sie würde aus der Sphäre politischer Auseinandersetzungen und Komplikationen in etwa heraustreten. Hier ist auch der Punkt, wo die Frage des Transferschutzes wesentlich hineinspielt.

Wenn man die ausländischen Pressestimmen verfolgt, dann ist für sie die Frage der deutschen Leistungsfähigkeit augenscheinlich bereits längst beantwortet. Sie wird gar nicht ernsthaft diskutiert, man ist sich überall einig darüber, daß Deutschland auch Annuitäten von 2½ Milliarden bequem zahlen kann. In Widerspruch mit dieser optimistischen Auffassung von der Prosperität des deutschen Wirtschaftslebens steht nur die Tatsache, daß das Geld, das Deutschland im Ausland sucht, so furchtbar teuer ist. Wir haben große Zweifel, daß es billiger werden wird, wenn die Arbeiten der Reparationskonferenz vielleicht zu einem positiven Abschluß gelangt sein werden.

## Zu spät für die Bildung der Großen Koalition?

### Die Sozialdemokratie und Hilferdings Steuerpläne.

Von unserer Berliner Redaktion.

* **Berlin**, 13. Jan. (Drahtber.)

Im politischen Leben Deutschlands beginnt am 14. Januar eine Periode, die, wenn nicht Wunder geschehen sollen, mit schweren Kämpfen ausgefüllt sein wird. Das Reichskabinett befaßt sich bekanntlich an diesem Tag zum ersten Male mit dem neuen Etat und somit mit der Frage, in welcher Weise das Defizit in Höhe von 500 Millionen Mark gedeckt werden kann. Wie die Entscheidung des Kabinetts ausfallen wird, muß dahingestellt bleiben. Da der Reichsfinanzminister den Versuch machen wird, bei der Bilanzierung des ungedeckten Fehlbetrages die Verbrauchs- wie die Vermögenssteuer in gleicher Weise heranzuziehen, dürften seine Vorschläge, wenn auch mit einigen Abänderungen, wohl den Beifall der meisten Mitglieder des Kabinetts finden. Sofern Einigung innerhalb der Reichsregierung erzielt ist, bleibt der schwierigste Teil der Aufgabe noch zu lösen, denn die Steuervorschläge haben dann den Reichsrat und den Reichstag zu passieren. Was sich bei der Behandlung in diesen Instanzen alles abspielen wird, kann mit dem besten Willen nicht vorausgesagt werden. Nur so viel dürfte feststehen, daß die Vorlage des Reichsfinanzministers nach ihrer Rückkehr von der Wanderung durch Reichsrat und Reichstag ein völlig anderes Gesicht zeigen wird, als zu dem Zeitpunkt, da sie vom Kabinett als erledigt verabschiedet sein wird.

Zu den in der Presse bereits mitgeteilten Vorschlägen, die der Reichsfinanzminister zu machen beabsichtigt, wurde von amtlicher Seite erklärt, daß sie auf Kombinationen beruhten und Unrichtigkeiten enthielten. Endgültig könne nichts bekanntgegeben werden, bis das Kabinett den Reichshaushalt verabschiedet habe. Unsere Angaben werden aber in allen wesentlichen Teilen jetzt durch den Dr. Hilferding nahestehenden Sozialdemokratischen Pressedienst bestätigt, der folgendes zu berichten weiß:

„Fest steht lediglich, daß diese 500 Millionen aufgebracht werden sollen durch eine Erhöhung der Biersteuer im Betrage von 165 Millionen Mark, durch eine Steigerung des Ertrages des Spiritusmonopols in Höhe von 90 Millionen Mark. Außerdem soll die Vermögenssteuer um 20 Prozent erhöht werden, was einen Mehrertrag von 104 Millionen Mark jährlich bedeutet. Bei der Erbschaftssteuer sind Verschärfungen geplant. Vor allem ist an die Wiederbesteuerung des Gattenerbes gedacht, also an die Beseitigung der im Jahre 1922 entstandenen lex Stinnes, durch die im ersten Jahre bereits ein Mehrbetrag von 20 Millionen Mark erwartet wird. Schließlich soll auch die Post, deren Finanzlage sich günstig entwickelt hat, statt des bisherigen Zuschusses von 100 Millionen einen Zuschuß von 126 Millionen an die Reichskasse leisten. Sodann wird eine Aenderung des Finanzausgleichs in der Weise vorgeschlagen, daß das Reich neben seinem Anteil von 25 Prozent an der Einkommen- und Körperschaftssteuer einen weiteren Betrag von 120 Millionen erhält."

Diese Darstellung unterscheidet sich von der unserigen nur insofern, als darin einige Zahlen geringer oder höher angegeben sind, als in unserer Aufstellung, die sich also im Ganzen als richtig erweist. Auch die Schwierigkeiten für die parlamentarische Erledigung des Haushalts werden dadurch nicht geringer, sondern eher noch vermehrt. Wenn die Biersteuer statt 100 Millionen 165 Millionen mehr einbringen soll, so wird der Widerstand Bayerns im Reichsrat und der Bayerischen Volkspartei im Reichstag nur noch stärker sein, und wenn den Ländern statt 100 Millionen 120 Millionen von den Reichsüberweisungen an Einkommen- und Körperschaftssteuer abgezogen werden sollen, so wird auch das die Schwierigkeiten nur verstärken.

Voraussichtlich wird es also zu einem großen parlamentarischen Gerause kommen, denn 500 Millionen sind sicherlich kein Pappenstiel. Wer, wie die Sozialdemokraten es taten, im Wahlkampf den Massen als Lockmittel das Schlagwort „Senkung der Steuern" vorwarf, wird sich nur schweren Herzens entschließen können, an verantwortlicher Stelle für Steuern zu stimmen, durch die der Konsum der Bevölkerung belastet werden muß. Aber auch die Opposition wird kein Mittel unversucht lassen, um Störungen bei den parlamentarischen Verhandlungen zu provozieren.

An welchen parteitaktischen Schmerzen die Sozialdemokratie leidet, wird von Tag zu Tag deutlicher erkennbar aus Artikeln des „Vorwärts", die sich mit dem Etat und der Koalitionsfrage befassen. Die Offenbarung in der Samstagsnummer dieses Blattes daß auch die Sozialdemokratie den Vorschlägen des Reichsfinanzministers gegenüber völlig freie Hand habe, scheint in den maßgebenden Kreisen der sozialdemokratischen Partei nicht ohne Widerspruch geblieben zu sein. Vielleicht hat sogar der Reichsfinanzminister selbst dem „Vorwärts" bedeutet, daß man die von ihm ausgearbeitete Vorlage von sozialdemokratischer Seite nicht von vornherein mit allzu mißtrauischen Augen betrachten dürfe, denn es klingt beinahe wie ein Rückzug, wenn der „Vorwärts" heute schreibt:

„Die Vorlagen des Reichsfinanzministers tragen keinen Kampfcharakter, sind keine Herausforderungen. Sie wollen, wenn wir sie recht verstehen, das Ergebnis der Verhandlungen vorwegnehmen, die geführt werden, und die rasch zu einem positiven Ergebnis geführt werden müssen. Damit soll nicht gesagt werden, daß ein sozialdemokratischer Finanzminister seine Vorschläge grundsätzlich nur auf die direkten Steuern hätte richten müssen, denn eine Möglichkeit, den Fehlbetrag ausschließlich aus direkten Steuern zu decken, besteht unter den gegenwärtigen Umständen nicht. Der Reichsfinanzminister hat es aber auch vermieden, einen Gesamtvorschlag zu machen, der bei den nun einmal gegebenen Machtverhältnissen von vornherein keine Aussicht hat, angenommen zu werden."

Weiterhin heißt es in dem sozialdemokratischen Organ:

„Die Sozialdemokraten wären ohne weiteres bereit, Finanzausgleichsreformen und Biersteuererhöhung dem Orkus zu überliefern — unter der einen Voraussetzung, daß etwa nicht noch schlimmere Massenbelastungen an ihre Stelle gesetzt werden. Wenn in Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Mitte diese Voraussetzungen geschaffen werden, so wird die Sozialdemokratie gewißgern mit sich darüber reden lassen. Die Sozialdemokratische Partei ist zur Mitarbeit bereit."

Eine andere Einstellung der Sozialdemokraten wäre aber auch unbegreiflich. Denn, da die sozialdemokratische Partei im Kabinett nicht nur den Reichsfinanzminister stellt, sondern auch den Reichskanzler und noch zwei weitere Minister, so muß sie auch die gewiß nichtleichte Verantwortung für finanzpolitische Aktionen übernehmen. Allerdings bleibt die Frage offen, ob die Sozialdemokraten diese Verantwortung unter Beibehaltung der jetzigen Regierungsgrundlage zu tragen gewillt sind, oder ob sie sich zu ernsthaften Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition nunmehr bereitfinden werden. Das erstere dürfte wohl zutreffen. Der „Vorwärts" schreibt nämlich, daß die Zeit zu Vorverhandlungen zwischen den Parteiführern zur Bildung einer wirklichen Koalition längst versäumt sei, da das Kernstück des ganzen Fragenkompleges schon morgen zur Verhandlung stehe. Der Reichstag werde bis zum Sommer wenig Zeit finden, sich mit großen Angelegenheiten zu befassen, außer der einen brennenden des ungedeckten Defizits und der Balanzierung des Etats. Man schützt also auf sozialdemokratischer Seite Mangel an Zeit vor, um an der Großen Koalition vorbeizukommen und trotz aller gegenteiligen Versicherungen die „freie Hand" gegenüber den einen recht stümperhaften Eindruck machenden Vorschlägen des Reichsfinanzministers zu behalten.

Reichskanzler Hermann Müller ist heute vormittag hier wieder eingetroffen.

## Vor der Ernennung der amerikanischen Sachverständigen

### Owen Young, Pierpont Morgan und Perkins.

◇ **Paris**, 13. Jan. Einer Privatinformation des „Newyork Herald" zufolge werden John Pierpont Morgan und Owen Young die amerikanischen Vertreter auf der Pariser Konferenz der alliierten und deutschen Sachverständigen zur Lösung des Reparationsproblems sein. Thomas Nelson Perkins wird als Stellvertreter sowohl für Morgan wie für Young dienen. Trotz der hervorragenden Stellung Morgans als eine der größten Persönlichkeiten in der Finanzwelt wird er in der amerikanischen Delegation, die von Young geführt wird, nur einen zweiten Platz einnehmen. Der „Newyork Herald" will aus sicherster Quelle wissen, daß die Reparationskommission Morgan, Young und Perkins zur Uebernahme des Sachverständigenamtes aufgefordert habe und die drei genannten Persönlichkeiten angenommen hätten. Man nimmt an, daß Präsident Coolidge am Montag die offizielle Ernennung ankündigen wird. Die größte Bedeutung wird der Ernennung Morgans wegen der wahrscheinlichen Ausgabe von deutschen Reparationsbonds beigemessen.

★

### Die amerikanische Erklärung zur Reparationsfrage.

V **Berlin**, 12. Jan. Nach dem vorliegenden authentischen Text haben die Erklärungen, die gestern in Washington beim Presseempfang im Weißen Haus zur Reparationsfrage abgegeben wurden, in deutscher Uebersetzung folgenden Wortlaut:

„Der Präsident ist der Meinung, daß die letzte Sachverständigenkonferenz, deren Vorsitz General Dawes führte, einen erwiesenermaßen brauchbaren Plan zur Regelung der Reparationen ausgearbeitet hat, und erlaubt, daß die Ausführung dieses Planes erfolgreich gewesen ist. Daher meint der Präsident, daß eines der Dinge, die in erster Linie berücksichtigt werden müssen, die Endsumme ist, die Deutschland zahlen soll. Wenn man zu der Erkenntnis kommt, daß Deutschland die zweieinhalb Milliarden Mark zahlen soll, die ungefähr einer Summe von 625 Millionen Dollar jährlich entsprechen, dann ist, wie der Präsident die Dinge sieht, die einzige Frage, die in Erwägung zu ziehen ist, wie lange Deutschland fortfahren soll, diese Summe zu zahlen. Wenn ein Grund gefunden wird, den Betrag (der Jahreszahlungen) abzuändern, dann würde das eine andere Frage sein. Nach Ansicht des Präsidenten soll die Konferenz der Sachverständigen einberufen werden zu dem Zweck, eine gerechte Entscheidung zu treffen zwischen Deutschland, unter Berücksichtigung seiner Zahlungsfähigkeit, und den andern beteiligten Ländern einschließlich Japans und unter Einbeziehung des relativ geringfügigen Betrages, der den Vereinigten Staaten zukommt."

Hiernach steht fest, daß die gestrige Meldung des „Berliner Tageblattes", Coolidge habe gesagt, daß die Höhe der Annuitäten jetzt bereits mit 2½ Milliarden Mark feststehe, und daß nur noch übrig bleibe, über die Zahl der Annuitäten eine Einigung herbeizuführen, auf einem gröblichen Mißverständnis beruht.

★

### Amerika und die deutsche Reparationsschuld.

\+ **New York**, 12. Jan. „New York Times" spricht die Hoffnung aus, Owen Young werde nicht durch persönliche Gründe von der Teilnahme an der Reparationskonferenz abgehalten werden, da er unzweifelhaft der bestqualifizierte Amerikaner für den Sachverständigenposten. Begreiflich wäre es, daß Coolidge und Kellogg ihre Zurückhaltung gegenüber dem Reparationsproblem betonten angesichts ihrer Ueberzeugung, daß die Fragen der Reparationen und der alliierten Schulden durchaus getrennt behandelt werden müßten, obgleich sie sich wohl bewußt sein müssen, daß beide Probleme zu verbinden seien und nicht voneinander gelöst werden könnten. Infolge dieser in Washington angenommenen Haltung seien Gerüchte entstanden, wonach sich Regierung und Hochfinanz gegen die Auflegung deutscher Reparationsfonds erklärten. Indessen sei niemals behauptet worden, die Bondsauflegung müsse en bloc erfolgen. Die gleichzeitige Auflegung von fünf bis sechs Milliarden sei freilich unmöglich, nicht aber die staffelweise Auflegung je einer Milliarde von Zeit zu Zeit.

★

### Die stellvertretenden englischen Sachverständigen.

× **London**, 12. Jan. Wie amtlich mitgeteilt wird, haben sich Sir Charles Addis und Sir Basil Blackett bereit erklärt, als stellvertretende englische Mitglieder an den Arbeiten des Sachverständigenausschusses für die Reparationsfrage teilzunehmen. Addis, der dem Direktorium der Bank von England angehört und an der Spitze zahlreicher Wirtschaftsunternehmungen steht, war Mitglied des Generalrats der Deutschen Reichsbank. Blackett war Finanzsachverständiger des Exekutivrats des Generalgouverneurs von Indien. Er wurde kürzlich zum Vorsitzenden des neu zu gründenden Verkehrsunternehmens, in dem eine Reihe Kabel- und Funkbetriebe der Regierung aufgehen sollen, bestimmt. Auch ist er kürzlich in die Bank von England eingetreten.

# Verschärfte Zensur in der jugoslawischen Diktatur.

## Die Mundtotmachung der öffentlichen Meinung.

**Von einem besonderen Korrespondenten.**

● **Belgrad,** 12. Jan. Die Belgrader Regierung hat heute die Staatsanwaltschaften in einer neuen Verordnung angewiesen, die Vorzensur der Blätter mit der größten Umsicht durchzuführen. Diese neue Verordnung machte sich in den Abendstunden bereits fühlbar, und die Staatsanwaltschaften haben sämtlichen Redaktionen die Weisung erteilt, die Zensurexemplare schon in den späten Nachmittagsstunden vorzulegen. Gleichzeitig haben die Redaktionen der Zeitungen eine mündliche Verständigung erhalten, stets in genügender Menge stehenden Satz zur Verfügung zu halten, um die gestrichenen Teile aus diesem Satz ergänzen zu können, da es verboten ist, mit weißen Flecken zu erscheinen. Es wurde ferner untersagt, über das Eintreten der verschärften Zensur zu berichten.

★

## Diktatur auf mehrere Jahre.

● **Belgrad,** 12. Jan. „Politica" bringt Mitteilungen über die Grundideen der Regierung des Generals Zivkowitsch, die, wie es heißt, von maßgebender Seite herrühren. Die Ziele der Regierung sind danach hauptsächlich: 1. Reform der Verwaltung, 2. wirtschaftliche Erneuerung und finanzielle Sanierung, 3. Schaffung der völligen geistigen Einheit der Serben, Kroaten und Slovenen. Zur Erreichung dieser Ziele wird eine ganze Reihe von Gesetzen erlassen werden. In drei bis vier Monaten soll die ganze Gesetzgebung ausgeglichen sein. Unter anderem soll ein Gesetz zur Bekämpfung der Korruption erlassen werden, das rückwirkende Kraft haben dürfte. Besondere Aufmerksamkeit soll den wirtschaftlichen Fragen zugewandt werden. Die Landwirtschaft werde größte Berücksichtigung finden. Die staatlichen Unternehmungen sollen kommerzialisiert werden. Was die auswärtige Politik anlangt, wurde dem Blatt an maßgebender Stelle betont, daß das neue Regime konsequent die traditionelle Politik guter Beziehungen zu allen Nachbarn befolgen werde. Da es alle seine Aufmerksamkeit und Energie der inneren Konsolidierung und Erneuerung zuwende, ergebe sich von selbst die Notwendigkeit der traditionellen Friedenspolitik.

Das Programm der neuen Regierung ist also sehr umfangreich und kann gewiß nicht in wenigen Monaten erledigt werden. Ferner ist es unter der Voraussetzung aufgestellt, daß es ohne die politischen Parteien und ohne das Parlament durchgeführt wird. Daraus ist ohne weiteres der Schluß zu ziehen, daß vor Ablauf mehrerer Jahre an den Abbau des heutigen Regimes nicht gedacht wird. Das dürfte auch die Tatsache erweisen, daß man die bisherige Skupschtina bereits jetzt administrativ abbaut; die Beamten und Angestellten werden entweder entlassen, pensioniert oder in andere Dienstreike übergeführt.

★

## Erklärungen Zivkowitschs vor der Auslandspresse.

⊙ **Belgrad,** 13. Jan. Ministerpräsident General Zivkowitsch gab heute vor den Vertretern der Auslandspresse eine Erklärung über die Ziele der Regierung ab, in der er zunächst das durch die königlichen Kundgebungen bereits bekannte Programm innerpolitischer Reformen entwickelte und dann fortfuhr: Es ist nicht zweifelhaft und geht klar aus der Proklamation des Königs hervor, daß unsere Aufgabe zeitlich begrenzt ist, denn sobald dieses grundlegende Programm zur Durchführung gebracht sein wird, wird die Königliche Regierung das Studium und die Durchführung von Maßnahmen in Angriff nehmen, die den Eintritt in ein gesundemokratisches, moralisch ausgeglichenes und endlich konstitutionelles Staatsleben erlauben. Ich wünsche zu unterstreichen, daß die Arbeit der königlichen Regierung eine Arbeit der Vorbereitung ist, und ich lege Wert darauf, mit aller Schärfe alle über angebliche verborgene Ziele der Regierungspolitik in Umlauf gesetzten Gerüchte zu dementieren. Ebenso ist es notwendig, ganz besonders zu unterstreichen, daß auf dem Gebiet der auswärtigen Politik die königliche Regierung nichts anderes tun wird, als aus allen Kräften die bisher gemachten Bemühungen zur aufrichtigen Aufrechterhaltung und Förderung bester Beziehungen mit allen Ländern, insbesondere aber mit den Nachbarländern fortzusetzen.

★

## Der Außenminister ist krank.

× **Belgrad,** 12. Jan. Wie die „Prawda" erfährt, wird sich der Minister des Aeußeren Marinkowitsch morgen zum längerem Kurgebrauch nach der Schweiz begeben. Er leidet ständig an hohem Fieber.

# Der Ehemann als Manager der Dirigentin.

## Schnelle Aufklärung der Philharmonie-Groteske.

× **Berlin,** 13. Januar.

Die tollen Vorgänge bei dem Konzert der Wiener Dirigentin und Komponistin Lisa Maria Mayer in der Berliner Philharmonie am Freitag abend haben ihre schnelle Aufklärung gefunden. Nachdem festgestellt worden war, daß das in einer Berliner Zeitung veröffentlichte Heiratsinserat durch eine Wiener Agentur aufgegeben worden war, lenkte sich der Verdacht immer mehr auf Kreise, die der Künstlerin nahestanden, obwohl diese und ihr Gatte aufs entschiedenste bestritten, mit der Angelegenheit etwas zu tun zu haben. Da die Poststempel der Antwortbriefe auffallenderweise von Aemtern in der Nähe der Philharmonie stammten, so lag der Verdacht nahe, daß sie von jemand aufgegeben waren, der in der Gegend des öfteren zu tun gehabt hatte, zum Beispiel mit Vorbereitungen für das Konzert Schriftvergleiche brachten dann die abschließende Sicherheit. Nach längeren Vernehmungen gab dann der Gatte und zugleich Manager der Dirigentin, der Wiener Kaufmann Gaberle zu, das Inserat aufgegeben und die Bewerber in die Philharmonie bestellt zu haben, um seiner Frau bei ihrem Berliner Auftreten Publikum und Einnahmen zu verschaffen. Gaberle hat sich bereit erklärt, die Einnahmen allen, die sich geschädigt fühlen, zurückzuerstatten. Das Geld hat er bereits bei den Behörden hinterlegt.



Das Opfer des Reklametricks ihres Gatten und Managers.

Gaberle, der noch gestern vormittag in der Berliner Presse Erklärungen veröffentlicht hatte, in denen er die Vorfälle als Racheakt neidischer Kollegen hinstellte, bedauert, so versichert er, aufs lebhafteste, daß sein Plan zu einem so unerfreulichen Ergebnis geführt hat. Er hofft, daß die enttäuschten Bewerber, die nichts Eiligeres zu tun hatten, als bei der Polizei Strafanzeige zu erstatten, nunmehr — da sie ihr Geld zurückerhalten — ihre Klage zurücknehmen werden. Gaberle erklärt auch jetzt, daß er seiner Plan ohne Wissen seiner Frau durchgeführt habe.

Wie verlautet, sollen nicht nur Mitglieder des männlichen Geschlechts nicht auf ihre Kosten gekommen sein, sondern auch Damen. Sie haben es allerdings aus weiblicher Scheu nicht gewagt, zuzugeben, daß auch sie einen von Männerhand geschriebenen Brief erhalten haben. Nur eine einzige plauderte aus der Schule, daß auch sie auf ein ähnliches Inserat hin sich zu dem Besuch des Philharmoniekonzertes entschlossen habe.

Die Polizei wird zu prüfen haben, ob die Konzertbesucher, die durch die Anzeige verlockt, dem Auftreten der Wiener Dirigentin beigewohnt haben, geschädigt worden sind. Diejenigen, die die Anzeige erstattet haben, sagen nämlich, daß sie niemals das Konzert besucht hätten, wenn es nicht als Treffpunkt mit der schönen Unbekannten vereinbart worden wäre. Dem muß entgegengehalten werden, daß die Genarrten mit dem Kauf des Billetts nur den Musikgenuß, nicht aber das Rendezvous abgegolten haben. Uebrigens will es der Zufall, daß die Philharmonie zu dem Konzert nur eine Einnahme von 310 ℳ hatte, daß also nur die Interessenten an der feschen Wienerin ihre Plätze bezahlt haben können, während mehr als tausend Karten an Freunde, Bekannte und Angehörige der Orchestermitglieder verschenkt worden waren. Schließlich sei noch vermerkt, daß der Gatte der Dirigentin bei einem seiner Besuche, die dem Konzert vorangingen, geäußert hatte: „Ich versichere Sie, dieses Konzert wird eine Sensation!" Der Mann hat recht behalten. Nach dem so sehr verunglückten Debut seiner Gattin hat er heute mit ihr die Reichshauptstadt verlassen.

★

## Sie will sich jetzt scheiden lassen.

÷ **Berlin,** 13. Jan. Die Aufklärung des Skandals, der sich am Freitag abend bei dem Konzert der Wiener Dirigentin Lisa Maria Mayer in der Philharmonie ereignete, hat nunmehr, dem „Montag" zufolge, die Kriminalpolizei veranlaßt dem Gatten der Künstlerin, dem Wiener Kaufmann Gaberle, der gestanden hat, der Absender der Briefe zu sein, die den Skandal veranlaßt haben, den Paß abzunehmen und ihn am Verlassen der Reichshauptstadt zu hindern. Eine Festnahme kam nicht infrage, weil es noch nicht geklärt ist, ob er sich überhaupt einer strafbaren Handlung schuldig gemacht hat. Sobald Gaberle seinem Versprechen, den Geschädigten das Eintrittsgeld zum Konzert zurückzuerstatten, nachgekommen sein wird, also voraussichtlich am Montag, wird das Ehepaar seine Papiere zurückerhalten und nach Wien abreisen können. Eine Anklage wegen Betruges wird, dem Blatt zufolge, gegen Gaberle nicht erhoben werden. Höchstens wird man ihn wegen groben Unfugs zur Verantwortung ziehen. Gaberle hat sich bereit erklärt, zur Gerichtsverhandlung in Berlin zu erscheinen. Die Dirigentin wiederholte einem Vertreter des Blattes gegenüber die Erklärung, daß sie sich durch die Vorgänge veranlaßt sehe, die Scheidung von ihrem Manne einzuleiten, in der Hoffnung, auf diesem Wege ihre künstlerische Rehabilitierung herbeizuführen.

★

## Ein ähnlicher „Scherz".

**Berlin,** 12. Jan. Die „Vossische Zeitung" berichtet von einer seltsamen Duplizität der Ereignisse. Aehnlich dem Vorfall in der Philharmonie hat sich am Samstag hier in Berlin ein andrer abgespielt. Auf ein in einer Berliner Zeitung veröffentlichtes Inserat, nach dem 40 Arbeiter und 20 Reinmachefrauen gesucht wurden, meldeten sich in der Wohnung einer Arbeiterin etwa 300 Menschen. Als die Arbeiterin diesen erklärte, daß sie das Opfer eines schlechten Scherzes geworden seien, nahmen die Stellungsuchenden eine drohende Haltung gegen die Frau ein, die sich nur durch die Flucht der Gefahr, verprügelt zu werden, entziehen konnte. Polizeibeamte mußten die Wohnung sichern, an deren Tür Zettel angeschlagen wurden, die den Sachverhalt klarlegten.

# Das Drama der Mukdener Generale.

## Zum Mah-Jongg-Spiel eingeladen und erschossen?

◆ **Tokio,** 12. Jan. Nach einem Telegramm aus Mukden, das aus zuverlässiger Quelle stammen soll, waren die beiden erschossenen Generale Jangjuting und Tschangjinhuai vom Marschall Tschanghsueliang eingeladen worden, mit ihm Mah Jongg zu spielen. Als sie bei dem Marschall angekommen waren, bat dieser, ihn zu entschuldigen, da er seinen Arzt sprechen müsse, und verließ den Raum. Hierauf drangen etwa 20 bewaffnete Soldaten ein und feuerten auf die beiden Gäste. Es wird gemeldet, daß Jungjuting zehn Schüsse in den Kopf und einen in den Fuß erhielt, während Tschangjinhuai, der versuchte, seinen Revolver zu ziehen, von mehr als einem Dutzend Kugeln getroffen wurde.

Marschall Tschanghsueliang hat in einem Zirkulartelegramm an die nationalistische Regierung und die führenden Beamten in ganz China erklärt, die Beseitigung der beiden Erschossenen sei im Interesse des Friedens notwendig gewesen.

★

## Oder nach Gerichtsverfahren durch Erschießen hingerichtet?

× **Shanghai,** 13. Jan. Der Reuterkorrespondent in Mukden erfährt aus verläßlicher Quelle, daß die Erschießung der Generale Yangntang und Tschangjinhuai am Freitag morgen erfolgte, nachdem ein fünfstündiges Verfahren vor einem besonderen Militärgericht vorangegangen war. Die Anklage warf den Verurteilten Insubordination, Verschwörung zum Sturz der Regierung und Veruntreuung von öffentlichen Geldern vor. In Mukden herrscht nach wie vor völlige Ruhe.

÷ **Paris,** 12. Jan. Havas berichtet aus Tokio, man melde aus Mukden, daß nach der Hinrichtung von Jangjuting und Tschangjinghumi Haussuchungen, die in den Wohnungen der hingerichteten Generale vorgenommen wurden, Dokumente zutage gefördert hätten, aus denen sich ergebe, daß sie gegen Marschall Tschanghsueliang im Komplott gewesen seien. Insgesamt hätten sie 20 000 Gewehre im Arsenal von Mukden herstellen lassen.

★

## Japan verlangt Ordnung in der Mandschurei.

)( **Tokio,** 12. Jan. Die politischen Vorgänge in Mukden sind nach den letzten Berichten noch nicht abgeschlossen. Tschanghsueliang hat an das diplomatische Korps eine Erklärung gerichtet, in der es heißt, daß er über genügend militärische Unterstützung verfüge, um seine Lage in Mukden zu halten. Es verlautet, daß die Provinz Cicikar unter Führung des Gouverneurs Lu beabsichtige, sich von Tschanghsueliang abzuwenden. Der General finde Unterstützung auch in anderen Provinzen der Nordmandschurei. Am Freitag fand in Tokio eine außerordentliche Sitzung des japanischen Kabinetts statt. Das Außenministerium veröffentlicht eine Mitteilung über die Mukdener Vorgänge, in der es heißt, daß die japanischen Interessen in der Mandschurei gefährdet seien. Japan könne Unruhen in der Mandschurei nicht zulassen.

## Nächste Reichstagssitzung voraussichtlich am 24. Januar.

÷ **Berlin,** 13. Jan. Reichstagspräsident Loebe gedenkt, dem Aeltestenrat den 24. Januar als Zeitpunkt für den Wiederbeginn der Arbeiten des Reichstagsplenums vorzuschlagen. Ob dieser Tag festgehalten werden kann, hängt allerdings noch von der Erledigung der Vorlage über die Wartestandsbezüge der Beamten im Reichsrat ab.

Ueber die Pläne für den Neubau eines Gebäudes für den Reichstag erfährt die Telegraphen-Union folgendes: Nachdem die Pläne für den Büchereibau des Reichstages eine festere Gestalt angenommen haben, sind aufs neue Vorschläge aufgetaucht, den Neubau in den Rahmen einer Neugestaltung des ganzen Platzes der Republik zu stellen und bei ihm ferner schon auf die Pläne eines Zentralbahnhofes an der Stelle des jetzigen Lehrter Bahnhofes Rücksicht zu nehmen. Beide Pläne haben schon in den früheren Beratungen eine Rolle gespielt. Es ist aber der Meinung Ausdruck gegeben worden, daß die dringenden Bedürfnisse des Reichstages einen Aufschub seines Bauvorhabens bis zur Lösung der genannten beiden Fragen nicht möglich erscheinen lassen. Immerhin wird sich in der zweiten Hälfte des Januar der Bauausschuß nochmals mit diesen Fragen beschäftigen.

Im Sitzungssaal des Reichstages werden augenblicklich von der Firma Siemens Aenderungen vorgenommen, durch die die bisherigen Signalvorrichtungen zur Herbeirufung der Mitglieder in den Sitzungssaal und zur Unterrichtung der in Nebenräumen befindlichen Abgeordneten über die Vorkommnisse im Sitzungssaal selbst verbessert werden sollen. Bei dieser Gelegenheit sollen auch Versuche mit einigen Lautverstärkern gemacht werden.

## Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

)( **Warschau,** 13. Jan. Die polnische Presse veröffentlicht folgende amtliche Mitteilung: Während der letzten zwei Tage sind die deutsche und die polnische Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen drei Mal zu Beratungen zusammengetreten. Der deutsche Bevollmächtigte Dr. Hermes fährt heute abend nach Berlin, um die Ergebnisse dieser zweitägigen Beratungen seiner Regierung vorzulegen. Angesichts der vollkommenen Klarstellung der polnischen Haltung betreffend den Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrags, ist die Aufnahme der sachlichen Kommissionsarbeiten durch beide Delegationen von der Entscheidung der deutschen Regierung abhängig, die sie auf Grund des von dem deutschen Bevollmächtigten Dr. Hermes erstatteten Berichtes über die letzten zweitägigen Beratungen fällen wird.

Wie hierzu der WTB.-Vertreter von unterrichteter Seite erfährt, ist die Nachricht in dieser Form unzutreffend. Die deutsche Delegation hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die von der polnischen Delegation angebotenen Gegenleistungen unzureichend sind. Auf ihren Wunsch hat die polnische Delegation eine erneute Nachprüfung und Vervollständigung zugesagt. Es wird abzuwarten sein, ob die polnische Seite bereit ist, auf Grund der weitgehenden deutschen Angebote nun auch ihrerseits entsprechende Gegenleistungen zu übernehmen. Hiervon hängt die weitere Entwicklung der Verhandlungen in Zukunft ab.

## Der staatsgefährliche Kindheit-Jesu-Verein.

# **Hohenlinde,** 12. Jan. An die hiesige katholische Volksschule ist eine Verfügung ergangen, wonach den Kindern der deutschen Minderheitsschulen in Hohenlinde durch ihre Klassenlehrer die Mitteilung gemacht werden mußte, daß es ihnen verboten wird, weiterhin deutschen Vereinen anzugehören. Gemeint ist damit die Zugehörigkeit zu dem Kindheit-Jesu-Verein zur Unterstützung der katholischen Heime sowie zur Kinderabteilung der Deutschen Gebetsbrüderschaft Herz-Jesu-Ehrenwache. Den betroffenen Schülern wurde nochmals anheimgestellt, entsprechenden polnischen Vereinen beizutreten.

## Amanullah in Nöten.

•:• **Peschawar,** 12. Jan. Trotz der Zugeständnisse des Königs bleibt die Lage in Afghanistan ernst. Die Aufständischen haben in einer Reihe von heftigen Scharmützeln neue Erfolge davongetragen. Einige Abteilungen der Regierungstruppen gingen offenbar zu den Aufständischen über.

## Aufdeckung einer großen Schmugglerbande in Köln und Düren.

# **Köln,** 13. Jan. Wie die Telegraphen-Union von amtlicher Stelle erfährt, ist es der Zollfahndungsstelle beim Landesfinanzamt Köln nach langen Bemühungen gelungen, einer großen Schmugglerbande in Köln und Düren auf die Spur zu kommen und die Mitglieder zu verhaften. Die Bande hat schon seit längerer Zeit den Schmuggel in ausgedehntem Maße betrieben und durch die Einfuhr von Tabakwaren und Kaffee aus Belgien und Holland den Staat um recht beträchtliche Summen hinterzogener Steuern betrogen und auch die kleinere Zigarettenindustrie und den Kleinhandel des Westens durch den unkontrollierbaren Verkauf der geschmuggelten Waren sehr beunruhigt. Mitglieder der Bande sind jede Woche mehrere Male mit Kraftdroschken und Privatkraftwagen über die Grenze gefahren und haben nachher zentnerweise Kaffee fremdländischen Ursprungs sowie große Mengen Zigaretten unverzollt über die Grenze zurückgebracht. Ueber die Namen der Schuldigen sowie über die Höhe der auf diese Art und Weise hinterzogenen Steuern kann im Interesse der Untersuchung, die noch in vollem Gange ist, nähere Mitteilung nicht herausgegeben werden. Aus diesem Grunde war von amtlicher Seite keine Bestätigung zu erhalten, daß es sich bei den hinterzogenen Steuern um die Summe von mehreren Millionen Mark handelt, wie hier gerüchtweise verlautet.

## Von einem Kriminalbeamten in der Notwehr erschossen.

× **Berlin,** 13. Jan. Eine Verbrecherjagd, in deren Verlauf der Verfolgte von einem Kriminalbeamten erschossen wurde, spielte sich in der Nacht zum Sonntag im Tiergarten in der Nähe des Brandenburger Tores ab. Verschiedene Ueberfälle auf Passanten, die sich dort in letzter Zeit ereigneten, hatten die Kriminalpolizei zu einer genauen Kontrolle dieser Gegend veranlaßt, wobei der mehrmals vorbestrafte wohnungslose Steinhauer Ernst Drews als Urheber der Ueberfälle ermittelt und festgenommen wurde. Drews setzte sich so energisch zur Wehr, daß ihn erst mehrere Beamte überwältigen konnten. Auf dem Wege zur Polizeiwache befreite sich Drews von seinen Fesseln und sprang aus dem fahrenden Auto auf die Straße. Als der Kriminalbeamte ihm nacheilte, wurde er von dem Verbrecher gefaßt und so kräftig gewürgt, daß er für sein Leben fürchten mußte. Nach einem Warnungsschuß gab der Beamte, den seine Kräfte zu verlassen drohten, einen Schuß ab, der Drews ins Herz traf. Drews hat sich insbesondere anormal Veranlagte als Opfer ausgesucht.

## Elf Touristen von Lawinen in die Tiefe gerissen.

### Drei Tote.

**Paris,** 13. Jan. Nach einer Meldung aus Moutiers wurden 11 Touristen, von denen sieben aus Annecy stammen, 550 Meter unterhalb der Spitze des Mont Jovet von einer Lawine in die Tiefe gerissen. Infolge des Frostes hatte der sehr brüchig gewordene Schnee beim Erklimmen einer steilen Anhöhe nachgegeben und die Touristen wurden von den nachstürzenden Schneemassen verschüttet und 800 Meter tief hinabgerissen. Acht Touristen konnten sich verhältnismäßig rasch freimachen und versuchten, den übrigen drei zur Hilfe zu kommen. Diese konnten jedoch nur als Leichen geborgen werden.

### Bei einem Brande erstickt.

◆ **Berlin,** 13. Jan. Sonntag früh ist der 67jährige Eisenbahnarbeiter Heinrich Heinze in der Pestalozzistraße in Charlottenburg bei einem Brande ums Leben gekommen. Heinze schlief in einem kleinen Zimmer über der Brandstelle und war, als die Feuerwehr an der Brandstelle ankam, bereits erstickt. Die Feuerwehr holte die Leiche aus dem brennenden Zimmer heraus. Die Flammen, die unter dem Bett des Heinze ausgebrochen waren, konnten schnell auf ihren Herd beschränkt werden.

### Eine 94jährige Greisin beim Zeitungslesen verbrannt.

◆ **Paris,** 13. Jan. Die Mutter des Divisionsgenerals und früheren Kommandierenden des 17. Armeekorps, Morin, eine 94jährige Greisin, verbrannte unter schrecklichen Qualen. Die Kleider der Bedauernswerten waren, als sie neben dem Ofen Zeitung las, in Brand geraten.